

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG

der Abgeordneten Fiona Fiedler, Kolleginnen und Kollegen

betreffend Aufnahme von 100 besonders notleidenden Kindern aus Moria

eingebracht im Zuge der Debatte in der 51. Sitzung des Nationalrats über Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales über den Sozialbericht 2019 der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (III-77/260 d.B.) – TOP 4

Der Sozialbericht 2019 steht im Zeichen der Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals - SDGs). Österreich hat sich als Teil der internationalen Staatengemeinschaft im Rahmen der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen“ zu 17 globalen Entwicklungszielen mit 169 Unterzielen zur weltweiten Bekämpfung von Armut und Förderung der globalen nachhaltigen Entwicklung bekannt. Die globalen Ziele umfassen beispielsweise: Keine Armut (SDG 1), Kein Hunger (SDG 2), Gesundheit und Wohlergehen (SDG 3), Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen (SDG 6), Weniger Ungleichheit (SDG 10), Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen (SDG 16). Laut dem unter TOP 4 behandeltem Bericht war zudem bei einem Treffen der Sozialminister_innen der Mitgliedstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD18) im Mai 2018 in Montreal (Kanada) u.a. die Sicherstellung gleicher Chancen für Kinder und Jugendliche für ein erfolgreiches Leben Thema.

Auch in Bezug auf die humanitäre Katastrophe in Folge des Großbrandes des Lagers Moria auf Lesbos, Griechenland, braucht es dringend internationale Anstrengungen, um die Not der tausenden betroffenen Menschen - viele davon sind Kinder - zu lindern und eine menschenwürdige Versorgung sicherzustellen. Österreich ist in der Verantwortung hier einen Beitrag zu leisten.

In der Nacht auf den 9. September ist das restlos überfüllte Lager Moria auf der griechischen Insel Lesbos völlig abgebrannt. Rund 12.600 Menschen, darunter tausende Kinder, sind nun obdachlos und müssen unter freiem Himmel oder in provisorischen Zelten auf steinigem Untergrund schlafen. Es gibt zu wenig Wasser, zu wenig Toiletten, zu wenig Zelte. Die humanitäre Katastrophe auf EU-Boden war angekündigt, die Zustände in den Elendslagern auf den griechischen Inseln waren schon lange unerträglich und haben sich durch den Großbrand noch weiter verschärft. Dazu kommt die grassierende Coronavirus-Pandemie - im Hinblick auf die katastrophale hygienische Situation eine zusätzliche, massive Bedrohung. Nun muss schnellstmöglich die menschenwürdige Versorgung der Betroffenen sichergestellt werden und das geht vor Ort für so viele Menschen nicht. Es gilt die Menschen aus dieser Notlage rauszuholen.

In Moria drohen nach einem Lager auch die europäischen Werte zu verbrennen, die wir so gerne beschwören und von anderen einfordern. Die Tragödie lässt sich darauf zurückführen, dass eine gemeinsame Asylpolitik innerhalb der EU an den Hauptstädten Europas scheitert. Die bisherigen - z.T. bescheidenen - Anstrengungen mancher Mitgliedstaaten im Rahmen des Umsiedlungsprogramms der EU-Kommission haben nicht ausgereicht. Österreich darf angesichts brennender Elendslager nicht länger tatenlos zusehen, jetzt gilt es zu handeln und

schnellstmöglich Kinder aus Moria aufzunehmen. So wie andere EU-Mitgliedsstaaten das bereits angekündigt haben.

Die Ausrede des Außenministers, dass damit ein Pull-Effekt beginnen würde, ist zynisch und empirisch nicht belegbar. Die bisherigen Umsiedlungen von Betroffenen innerhalb der EU haben auch keine stärkere Fluchtbewegung nach Europa ausgelöst. Zudem besteht in Österreich in einigen Ländern, Städten und Gemeinden die Bereitschaft sowie die Kapazität zur Unterbringung und Versorgung von besonders Schutzbedürftigen aus Moria. So hat sich etwa der Landtag in Wien in einem von NEOS, SPÖ und Grünen unterstützten Antrag bereit erklärt, hundert Kinder von den griechischen Inseln aufzunehmen und die Bundesregierung aufgefordert zu handeln. Auch zahlreiche Bürgermeister_innen und Mitglieder von Landesregierungen haben in den vergangenen Tagen erklärt, Flüchtlingskinder aufzunehmen zu wollen. Darüber hinaus wollen auch viele engagierte Einzelpersonen, NGOs und Kirchengemeinschaften helfen. Zeigen wir endlich Menschlichkeit und leisten einen Beitrag, der Betroffenen hilft, Griechenland unterstützt und Europa durch gelebte Solidarität stärkt.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich am Programm der Europäischen Kommission zu beteiligen und 100 besonders notleidende Kinder aus Lagern auf den griechischen Inseln aufzunehmen."

The image shows several handwritten signatures in blue ink, likely from Austrian political figures, arranged in a cluster. The signatures are somewhat stylized and overlapping. Some names are partially legible: "Stephan Pernkopf", "Barbara Prammer", "Reinhard Vondracek", and others. The signatures are written in a cursive script on a white background.

